

RATHAUSREPORT

LKW-Durchfahrtsverbot für die Innenstadt!

Der Kommunalwahlkampf bringt traditionell Infostände mit sich – und damit ein stärkeres Interesse der Potsdamer*innen an Politik und noch intensivere Debatten als sonst. Eines der häufigsten Themen, die an uns herangetragen werden, ist das große Verkehrsaufkommen und die damit verbunde-

vor zu prüfen, ob in Potsdam die verkehrsrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, um ein Durchfahrtsverbot durch die gesamte Stadt Potsdam für LKW ab 3,5 t zu erlassen. Denn bekanntermaßen sind LKW als Dieselfahrzeuge einer der wesentlichen Faktoren für eine erhöhte Schadstoffbelastung der



nen Staus in der Stadt. Stopp and Go ist nicht nur nervig, sondern trägt auch zu einem erhöhten Schadstoffausstoß bei. Hohe Emissionswerte auf Potsdams Durchgangsstraßen sind die Folge. Reagiert hat die Stadt beispielsweise in Potsdam West mit einem Tempolimit und der vieldiskutierten Einengung der Zeppelinstraße. Die Folge ist jedoch vor allem noch mehr Stau und eine Vielzahl von Anwohnerbeschwerden über vermehrten Lärm, Dreck und Feinstaub. Hotels am Stadtrand wie das Seminaris werden von Taxis zum Teil nicht mehr angefahren, weil der Stau die Fahrt unwirtschaftlich macht. Dies scheint also nicht der Weisheit letzter Schluss zu sein. Deshalb schlug die Fraktion DIE LINKE. in der letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Kommunalwahl nun

Luft. Expeditionen versuchen häufig, sich die teure Autobahnmaut zu sparen, indem auf mautfreie Strecken ausgewichen wird. Diese Strecken jedoch führen allzu oft mitten durch Innenstädte und Wohngebiete. Die Straßenverkehrsordnung bietet die rechtliche Grundlage dafür, dieser Mautflucht durch die Stadt mit einem Durchfahrtsverbot zu

begegnen. Denn durch diese Fahrten landen nicht nur die Emissionen in den Innenstädten, sondern auch der Feinstaub. Die tonnenschweren Fahrzeuge tragen zu Beschädigungen an Straßen und Gebäuden bei, erhöhen nachweislich die Unfallgefahr und sind natürlich auch ein Faktor für die vermehrte Bildung von Staus. Für den Lieferverkehr und Wohnmobile sollen selbstverständlich Ausnahmen gelten. Die Fraktion DIE LINKE. plädiert dafür, mit einem Verbot für eigentlich unnötige Stadtdurchfahrten Straßen und Brücken zu entlasten und so ein besseres Klima für die Bürger*innen Potsdams zu schaffen. Behandelt wird der Antrag erst nach Redaktionsschluss in der Fortsetzungssitzung am Montag. Wir bleiben dran!

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,



Die letzte Sitzung in dieser Wahlperiode war doch nicht die abschließende, denn eine ganze Reihe von Punkten blieb offen für ein Nachsitzen am folgenden Montag. Ich finde es bemerkenswert, dass es kurz vor der Wahl möglich war, eine Mehrheit für die Neubesetzung der Spitze des Sozialbereichs zu bilden, ohne CDU, Bürgerbündnis und AfD. Damit wird dieses für uns so wichtige Ressort zeitnah wieder voll handlungsfähig. Irgendwie war die Sitzung ein Spiegelbild für die vergangenen fünf Jahre, denn einerseits gab es viele Entscheidungen in breitem Konsens.

Dazu gehörten z.B. unsere Anträge zum Erhalt einer Poststelle im Sterncenter und zum Kinderbauernhof in Groß Glienicke. Andererseits brachen alte Gegensätze wieder auf insbesondere im Zusammenhang mit dem Staudenhof. Hier finde ich es bedauerlich, dass die von der Linksfraktion vorgeschlagene Orientierung auf ein behutsames Vorgehen bei der weiteren Gestaltung der Potsdamer Mitte von einer Mehrheit abgelehnt wurde. Unser Anliegen, mit der klaren Schwerpunktsetzung auf bezahlbares Wohnen Sicherheit für die Betroffenen zu schaffen

und eine Grundlinie für das weitere Vorgehen zu fixieren, wurde mit fadenscheinigen Argumenten in Frage gestellt. Die Auseinandersetzung wird also weiter gehen. Wir hätten uns auch gewünscht, dass die weitere Planung des Schulstandorts Waldstadt-Süd ohne Inanspruchnahme des Landschaftsschutzgebietes erfolgt. Dem haben sich jedoch die anderen Fraktionen durch Verschiebung in die neue Wahlperiode verweigert. Sie können sich darauf verlassen, dass wir nicht aufgeben, sondern dranbleiben an den Problemen. Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Vorfahrt für Kinder

Eine turbulente und anstrengende Legislatur ging mit dieser Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu Ende. Kitas und Schulen gehörten zu den Themen, die uns mit Abstand am häufigsten beschäftigt haben in den letzten fünf Jahren. Mit dem Beschluss zur Rückzahlung der zu Unrecht erhobenen Elternbeiträge hat eine der heftigsten Diskussionen der letzten Jahre einen vorläufigen Abschluss bekommen. Lange haben wir als LINKE, und auch ich ganz persönlich in den Ausschüssen



und Arbeitsgruppen für etwas kämpfen müssen, das eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Ich freue mich auch persönlich sehr, dass wir nun endlich ein klares Signal an die Eltern unserer Stadt senden.

*Aber auch sonst haben wir auf diesem Feld in den letzten Jahren viel erreicht. Dass in unserer Stadt an vielen Stellen Gesamtschulen und Schulzentren entstehen, dass wir bei der Sanierung und beim Neubau endlich substantiell vorankommen, ist auch Ergebnis unseres hartnäckigen Engagements. Aber natürlich kann es uns nicht zufriedenstellen, dass in vielen Teilen der Stadt, insbesondere im Norden, unsere Kinder noch weite Wege auf sich nehmen müssen oder in Containern betreut werden und lernen, z.T. noch für Jahre. Aber endlich hat sich in Politik und Verwaltung die Erkenntnis weitgehend durchgesetzt, dass soziale Einrichtungen mindestens ebenso wichtig sind wie neue Wohnungen für neue Potsdamer*innen. Auch das ist vor allem mit Verdienst unseres konsequenten politischen Agierens. Unter dem Strich bleibt: vieles haben wir erreicht – aber mindestens ebenso viel bleibt noch zu tun. Denn eine lebendige Stadt braucht vor allem ihre Kinder und Jugendlichen. Für sie werde ich mich, werden wir uns auch weiter mit aller Kraft engagieren.*

*Stefan Wollenberg
Stellv. Fraktionsvorsitzender und
bildungspolitischer Sprecher*

Stadtspitze wieder vollständig – neue Sozialbeigeordnete gewählt

Nach der Wahl von Mike Schubert zum Oberbürgermeister war der Posten des Sozialbeigeordneten seit November vakant. Das Jugendamt ist zwischenzeitlich in den Geschäftsbereich 2 gewechselt und mit dem Fachbereich Bildung fusioniert worden – eine langjährige Forderung der LINKEN. Dennoch umfasst der verbleibende Geschäftsbereich einen erheblichen Aufgabenumfang: Soziales, Gesundheit, Ordnung, Sicherheit, Feuerwehr. DIE LINKE hat schon in der vergangenen Legislatur konsequent auf ein fachlich basiertes Auswahlverfahren für die Spitzenpositionen in der Verwaltung hingewirkt und sich damit auch durchgesetzt. Bewerber*innen als Beigeordnete oder Fachbereichsleitungen durchlaufen ein Auswahlverfahren, das von einer externen Personalberatung durchgeführt wird. Das aktuelle Verfahren ist erstmals auch anonymisiert durchgeführt worden. Für DIE LINKE war die Situation dennoch eine besondere – denn mit Martina Trauth hatte sich auch die erfolgreiche OB-Kandidatin des letzten Jahres diesem Verfahren gestellt. In der letzten Phase belegte sie in der Auswertung

der Personalberatung allerdings keinen der ersten beiden Plätze. Die zwei Erstplatzierten stellten sich schließlich am Montag in den Fraktionen vor.

Der Oberbürgermeister schlug schließlich die ehemalige Sozialdezernentin von München, Birgit Meier als neue Sozialbeigeordnete vor. Sie ist gegenwärtig Geschäftsführerin der Israelitischen Kultusgemeinde in München. Von 2010 – 2016 hatte sie dort den Posten als Sozialdezernentin inne. Unter anderem hatte sie dort den Höhepunkt der Flüchtlingskrise zu managen. SPD, Grüne und die Andere hatten vorab ihre Unterstützung signalisiert. CDU und Bürgerbündnis hatten sich demgegenüber für den konkurrierenden Bewerber ausgesprochen. Für die Wahl zeichnete sich demzufolge ein knapper Ausgang ab. Mit 30 Stimmen (bei erforderlichen 29) wurde Birgit Meier jedoch bereits im 1. Wahlgang bestätigt. Damit sind nun 3 Mitglieder der insgesamt fünfköpfigen Stadtspitze auch Inhaber eines SPD-Partei-buchs. Die Linksfraktion gratuliert Birgit Meier und hofft auf konstruktive Zusammenarbeit in den kommenden acht Jahren.

Fragen – Antworten

Uferweg Leipziger Straße

Potsdams Wasserlage ist wesentlicher Teil der Lebensqualität der Stadt. Nicht vorhandene oder unterbrochene Uferwege verhindern vielerorts den ungetrübten Genuß dieses Erlebnisses. Deswegen begrüßt es Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE.), besonders, dass der Uferweg hinter dem Wasserwerk in der Leipziger Straße nun realisiert werden soll und fragt den Oberbürgermeister, wann genau mit dem Bau begonnen wird. Beigeordneter Bernd Rubelt antwortet, der Baubeginn sei 2020 vorgesehen. In 2019 laufe die Planung und die Beantragung der erforderlichen Fördermittel. Grundsätzliche Vorbehalte seinen mit den Stadtwerken aber unterdessen ausgeräumt worden, so dass ein pünktlicher Baubeginn nicht in Frage stehe.

Wohnungstauschzentrale

Nachdem in der vergangenen Sitzung der SVV offenbar wurde, dass die bereits im Vorjahr geplante Wohnungstauschzentrale erst Ende 2019 an den Start gehen kann, fragte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE.) nun nach, was konkret unternommen wird, um die Realisierung dieses wichtigen

Projekts zu beschleunigen. Beigeordneter Burkhard Exner teilt mit, dass eine zusätzliche Mitarbeiterin für das Verfahren eingesetzt wurde. Eine weitere Beschleunigung erlaube das durchzuführende Vergabeverfahren nicht. Ein Start der Wohnungstauschzentrale im vierten Quartal 2019 sei so gut wie gesichert.

Veranstaltung in Zentrum Ost

Die sogenannte „Nutheschlange“ im Zentrum Ost soll noch in diesem Jahr einem Neubau weichen, einschließlich der 200 dortigen Stellplätze. Zu diesem Projekt hat bereits eine Anwohnerinformation stattgefunden, weitere wurden angekündigt. Dr. Hans Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE.) möchte nun vom Oberbürgermeister wissen, wann die nächste Veranstaltung geplant ist. Diese solle Ende September 2019 stattfinden, teilt der Baubeigeordnete Bernd Rubelt mit. Auf Nachfrage von Dr. Scharfenberg versichert Rubelt außerdem, dass die Anwohner durch die Verwaltung direkt eingeladen werden und die Möglichkeit besteht, im Vorfeld Fragen einzureichen.

Stadtarchiv der Stadt Potsdam

Nicht erst seit dem Einsturz des Kölner Stadtarchives ist vielen Menschen deutlich,

wie wichtig ein Stadtgedächtnis zur Bewahrung der städtischen Geschichte ist. Regelmäßige Schätze finden sich auch in den Lagern des Potsdamer Archivs. Dr. Karin Schröter (DIE LINKE.) fragt daher, ob und welche Planungen es gibt, das Depot in der Öffentlichkeit zu präsentieren und eine Ausstellung zu den Archivalien zu konzipieren? Mike Schubert (SPD) teilt mit, dass aufgrund der noch schwierigen räumlichen Situation derzeit keine dauerhafte öffentliche Präsentation möglich sei. Diese Möglichkeit solle mit einer Neugestaltung der Depot-Unterbringung jedoch geschaffen werden. Den Vorschlag von Dr. Karin Schröter, zumindest die Jubiläen am 08. Mai 2020 und 11. November 2020 ggf. mit der Präsentation einzelner Archivalien zu verbinden, wolle er jedoch gern aufgreifen und prüfen.

Stadtteilmütter

Die „Stadtteilmütter“ unterstützen erfolgreich Frauen mit Migrationshintergrund und deren Familien und ermöglichen u.a. deren Teilhabe am Stadtteilleben. Im Haushalt 2018/19 wurden für dieses Projekt des „Autonomen Frauenzentrums“ 104 000 Euro bereitgestellt. Jana Schulze (DIE LINKE.) fragt nun den Oberbürgermeister nach dem bisherigen Sachstand bei der Umsetzung und Finanzierung des Projekts. Kämmerer Burkhard Exner informiert, dass das Projekt aufgrund von Abstimmungsschwierigkeiten der vier Geldgeber 2018 zunächst nicht weiterverfolgt werden konnte. Aktuell sind aber wieder neue Gespräche geplant. Auf Nachfrage von Jana Schulze bestätigt Exner, dass das Autonome Frauenzentrum eingebunden werde und die im Haushalt für das Projekt vorgesehenen Mittel in die Folgejahre übertragen werden.

KiTa in der Feldmark

Eine im Bebauungsplan Nr. 129 bis Ende 2016 in der Feldmark vorgesehene neue KiTa mit ausreichender Platzkapazität ist bis heute nicht realisiert. Marcus Krause (DIE LINKE.) will daher vom Oberbürgermeister wissen, wann denn nun eine solche KiTa mit ausreichend Platz eröffnet werden wird? Die zuständige Beigeordnete Noosha Aubel verweist auf die gegenwärtig laufende Aktualisierung der Kita-Bedarfsplanung. Derzeit werde von einem Bedarf für 100 Plätze ausgegangen. Die Einrichtung solle voraussichtlich durch den KIS errichtet werden. Der Bau werde 2021/22 begonnen.

Beschlossen

Dringlichkeitsantrag Poststelle im Sterncenter

Die Deutsche Post plant kurzfristig die Filiale im Stern-Center zu schließen. Für 30.000 Anwohner*innen am Stern, in Drewitz und im Kirchsteigfeld stünde damit nur noch die Hauptpost zur Verfügung. Das sei nicht zumutbar, betonte Hans-Jürgen Scharfenberg für DIE LINKE. Mit dem beschlossenen Antrag wird der Oberbürgermeister deshalb aufgefordert, nach Möglichkeiten zu suchen, den Erhalt einer Postfiliale im Stern Center zu unterstützen.

Aufstellung von Bebauungsplänen für die Brandenburger Vorstadt

Auch Verdichtungsmaßnahmen im Zuge der Schaffung dringend benötigten Wohnraums müssen umsichtig und ganzheitlich geplant. Der Schutz von begrünter Innenhöfen und die Wahrung der städtebaulichen Qualität darf dabei nicht außer Acht gelassen werden. Darum stellte DIE LINKE. schon im vergangenen Jahr den Antrag, zur Erarbeitung eines Bebauungsplans für die Brandenburger Vorstadt, um eine mit der Lebensqualität verträgliche Nachverdichtung sicherzustellen. Die Stadtverordneten bestätigten nun die im Bauausschuss veränderte Fassung des Antrags.

Atelierförderung für Kreative

Eine Mehrheit der Stadtverordneten hält weiterhin am Nutzungsende des Rechenzentrum für den 31.12.2022 fest. Im geplanten Neubau eines KreativQuartiers zeichnen sich schon jetzt Kaltmieten jenseits von 9,-/m² ab. Konditionen, die sich vor allem junge und nicht kommerziell orientierte Kunstschaffende nicht leisten können. Um einer Verdrängung entgegenzuwirken, schlug Dr. Karin Schröter für DIE LINKE. vor, ein Atelierförderprogramm zu erarbeiten, welches spätestens mit Eröffnung des KreativQuartiers 2022 wirksam werden soll. Dieser Antrag fand eine große Mehrheit.

Stadtteilrat Schlaatz/Waldstadt

Nach der Kommunalwahl soll es im Süden Potsdams zwei Stadtteilräte geben – einen für den Schlaatz und einen für die Waldstadt. Das beschlossen die Stadtverordneten auf Antrag der LINKEN. Damit soll den unterschiedlichen Entwicklungen und Schwerpunkten besser Rechnung getragen werden und die Probleme der Stadtteile künftig zielgenauer behandelt werden können. Der Stadtteil Schlaatz steht vor umfangreichen

Keine Zukunft für den Staudenhof

Erneut hatte DIE LINKE. in der letzten Stadtverordnetenversammlung einen Vorstoß unternommen, mit dem Staudenhof nicht nur eines der letzten Gebäude mit DDR-Architektur im Zentrum, sondern vor allem bezahlbaren Wohnraum in der historischen Mitte zu sichern. Wir wollten sicherstellen, dass alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft werden, um eine sozialverträgliche Sanierung des Bestandsgebäudes zu ermöglichen. Im Falle eines Neubaus sollte eine 75%-ige soziale Belegungsbindung sowie ein Rückkehrrecht der Bestandsmieter gesichert werden. Das machten Vertreter von SPD, CDU und Grünen in ihren Beiträgen unisono deutlich. In den Ausschüssen fanden die Vorschläge der LINKEN keine Mehrheit. Im Plenum legte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg für DIE LINKE. daher noch einmal eine geänderte Fassung vor, in dem der Schwerpunkt erneut auf den Aspekt des bezahlbaren Wohnens gelegt wird. Die Pro Potsdam soll Eigentümerin der Fläche bleiben und sie unter der Prämisse entwickeln, nachhaltig bezahlbares Wohnen zu sichern. Aber auch in der Debatte im Plenum wurde deutlich, dass die ehemalige „Rathauskooperation“ in dieser Frage zusammensteht. Eine Zukunft für das Bestandsgebäude soll in jedem Fall ausgeschlossen werden. Die Andere lehnte den Antrag aus anderen Gründen ab: sie ist nicht bereit, eine Veränderung des Bestandsgebäudes überhaupt in Erwägung zu ziehen – auch nicht, wenn mehr dauerhaft bezahlbarer Wohnraum in der Mitte dabei entstehen könnte. Der Vorschlag der LINKEN, der sowohl den Weg für einen Erhalt des Staudenhofes wieder geöffnet, im Zweifel aber zumindest harte Vorgaben für die Schaffung sozialen Wohnraums in der Mitte und des Schutzes der Bestandsmieter*innen gesichert hätte, blieb zwischen diesen Extrempositionen am Ende auf der Strecke. Damit ist erneut eine Chance vergeben worden.

Umgestaltungsmaßnahmen in den kommenden Jahren, die gemeinsam mit den Bewohner*innen konzipiert und umgesetzt werden sollen. In der Waldstadt geht es vorrangig um die Stabilisierung der in den vergangenen Jahren geschaffenen Strukturen und die Etablierung eines funktionie-

**19. Juni 2019:
Konstituierung der Stadtverordneten-
versammlung**

**14. August 2019:
2. Sitzung der Stadtverordneten-
versammlung**

renden Quartiersmanagements.
Überwiesen

Schulstandort Waldstadt-Süd

Die Diskussion um den geplanten Schulstandort Waldstadt Süd beschäftigt die SVV schon seit längerem. Für die dort geplante Errichtung einer Gesamtschule, einer Förderschule und einer Kita sowie zweier Fußballplätze plant die Stadt auch Eingriffe in das Landschaftsschutzgebiet. Sowohl das Land als auch die örtliche Bürgerinitiative lehnen dies ab. DIE LINKE. hatte deshalb beantragt, die benötigten Schulen außerhalb des LSG zu errichten und die Sportplätze an anderer Stelle, beispielsweise auf der Kulturbodendeponie zu realisieren. Nach Darstellung der Verwaltung sei hier aber noch nicht klar, ob und wann das möglich sein werde. Eine Mehrheit der Stadtverordneten wollte einen Eingriff in das LSG nicht grundsätzlich ausschließen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag deshalb noch einmal zurückgestellt und die neue SVV muss sich damit befassen. Solange laufen die Planungen und Prüfungen parallel weiter.

Keine Zukunft für den Staudenhof

Erneut hatte DIE LINKE. in der letzten Stadtverordnetenversammlung einen Vorstoß unternommen, mit dem Staudenhof nicht nur eines der letzten Gebäude mit DDR-Architektur im Zentrum, sondern vor allem bezahlbaren Wohnraum in der historischen Mitte zu sichern. Wir wollten sicherstellen, dass alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft werden, um eine sozialverträgliche Sanierung des Bestandsgebäudes zu ermöglichen. Im Falle eines Neubaus sollte eine 75%-ige

soziale Belegungsbindung sowie ein Rückkehrrecht der Bestandsmieter gesichert werden. Das machten Vertreter von SPD, CDU und Grünen in ihren Beiträgen einmütig deutlich. In den Ausschüssen fanden die Vorschläge der LINKEN keine Mehrheit. Im Plenum legte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg für DIE LINKE daher noch einmal eine geänderte Fassung vor, in dem der Schwerpunkt erneut auf den Aspekt des bezahlbaren Wohnens gelegt wird. Die Pro Potsdam soll Eigentümerin der Fläche bleiben und sie unter der Prämisse entwickeln, nachhaltig bezahlbares Wohnen zu sichern. Aber auch in der Debatte im Plenum wurde deutlich, dass die ehemalige „Rathauskooperation“ in dieser Frage zusammensteht. Eine Zukunft für das Bestandsgebäude soll in jedem Fall ausgeschlossen werden. Die Andere lehnte den Antrag aus anderen Gründen ab: sie ist nicht bereit, eine Veränderung des Bestandsgebäudes überhaupt in Erwägung zu ziehen – auch nicht, wenn mehr dauerhaft bezahlbarer Wohnraum in der Mitte dabei entstehen könnte. Der Vorschlag der LINKEN, der sowohl den Weg für einen Erhalt des Staudenhofes wieder geöffnet, im Zweifel aber zumindest harte Vorgaben für die Schaffung sozialen Wohnraums in der Mitte und des Schutzes der Bestandsmieter*innen gesichert hätte, blieb zwischen diesen Extrempositionen am Ende auf der Strecke. Damit ist erneut eine Chance vergeben worden.

Nicht mehr behandelt:

Information der Anwohnenden der Heinrich-Mann-Allee

Die geplante Umgestaltung der Heinrich-Mann-Allee zwischen Leipziger Dreieck und Friedhofsgasse sorgt für Diskussionsstoff. Dort soll die Gleisführung der TRAM begründet werden, um einen flüssigeren Verkehr zu ermöglichen. Geplant sind in diesem Zusammenhang auch Baumfällungen und eine Spurverengung der stadtauswärtigen Fahrbahn. Die Fraktion DIE LINKE. beantragte aus diesem Grund, den Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) zu beauftragen, vor Beginn der Baumaßnahmen eine Informationsveranstaltung für Anwohnende und Gewerbetreibende anzubieten, um wichtige Fragen und Ängste zu klären.

Querungshilfen für Bordsteine

In einigen Bereichen der Stadt ist wegen des knappen Parkraums auch das Parken auf Gehwegen vorgesehen. Zum Teil sind dabei hohe Bordsteine zu überwinden. DIE LINKE. beantragt deswegen zu prüfen, ob an ausgewählten Straßen der Stadt, die nicht zeitnah durch bauliche Maßnahmen verändert werden können, die Anbringung von Querungshilfen realisiert werden kann. Diese Schrägen aus Asphalt oder anderen geeigneten Maßnahmen können auch kleineren PKW ermöglichen, einen hohen Bordstein ohne Schäden am Fahrzeug zu überwinden.

Personelle Ausstattung der Kinder- und Jugendklubs

Die Fraktion DIE LINKE. setzt sich schon immer mit unterschiedlichsten Anfragen und Anträgen für die wichtige Arbeit der Potsdamer Kinder- und Jugendklubs ein. Die Angebote der Einrichtungen sind für viele Kinder und Jugendliche sozial begleitete Schutzräume, proaktive Freizeitgestaltung und Räume für präventive Arbeit. Die personelle Ausstattung der Einrichtungen hält mit dem rasanten Bevölkerungswachstum der Stadt jedoch nicht Schritt. Zwei sozialpädagogische Fachkräfte pro Klub sind in den Augen der Fraktion DIE LINKE. nicht mehr ausreichend. Mit diesem Antrag soll daher geprüft werden, wo zusätzliches Personal benötigt wird, um das Angebot auf hohem Niveau weiterführen zu können – im Sinne der Kinder und Jugendlichen.

Alte Dorfkirche Golm

Das Ensemble aus der Alten Dorfkirche und der Kaiser-Friedrich-Kirche, die zu den ältesten, noch genutzten Gebäude Potsdams zählen, prägt den Golmer Ortskern. Allerdings ist der bauliche Zustand der Kirche schlecht. DIE LINKE. möchte mit ihrem Antrag dazu beitragen, die Alte Dorfkirche Golm durch eine denkmalgerechte Sanierung zu erhalten. Der Oberbürgermeister soll beauftragt werden zu prüfen, ob es die Möglichkeit gibt, den Kirchbauverein Golm und die Kirchgemeinde mit beispielsweise Fachgutachten und bei der Fördermittelakquise zu unterstützen.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam